

Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal Amtliches Verordnungsblatt

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie“ 8.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.



Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Zeile 45 mm breit) oder deren Raum 80 Hg., die zweispaltige (Zeile 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Hess. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Hess.

Nr. 79.

Steinheim, Donnerstag, den 4. August 1921.

28. Jahrgang.

Ein Hochverräter.

Josef Smets, dieser Kölner Strohmännchen, ein Arbeiter, der Vorsitzende der Rheinischen Republikanischen Volkspartei und eifriger, aber ungeheurer Propagandist der Rheinischen Republik mit Ansehen nach dem Westen, verlor einen neuen Zeit. Seine Auftraggeber verlangen offenbar von Zeit zu Zeit von ihm Daten und Erfolge, und darum sucht er sie auf irgend eine Art vorzutäuschen. Nun läßt er in Nr. 30 der „Rheinischen Republik“ vom 23. Juli eine halbspaltige Anzeige los, in der er geborene Rheinländer, sofern sie Verwaltungsbeamte des höheren, mittleren und niederen Verwaltungsdienstes sind, aufzufordern, sich zur Beschäftigung in dem genannten Dienst zu melden. Auch pensionierte Herren und Damen können in Frage, wenn sie sich noch genügend arbeitsfähig fühlen. Wer sich meldet, muß genau seine Personalien angeben und sagen, was er kann. Zur Vereinfachung empfiehlt Herr Smets allen denen, die nicht alle werden, die Angaben in Form eines in den einzelnen Verwaltungs- und Dienststellen zu sammeln und sie Herrn Smets nach Köln zugehen zu lassen.

Herr Josef Smets ist klug genug, nicht zu zeigen, wozu er die Leute braucht und wann der Dienst beginnt. Denn er braucht sie für den Tag, an dem er mit dem Geld seine famose Rheinische Republik glauben zu können, er braucht sie also zu hochverräterischen Zwecken. Smets will seinen Auftraggebern zeigen, daß er gegebenenfalls Leute zur Verfügung hat, und deshalb lockt er unter Hinterrückhaltung des eigentlichen Zweckes und unter unklaren Bedingungen als Simpeltänzer die an, die in der Rheinischen Republik verfahren, ihre Lage zu verbessern oder sich einen Nebenverdienst zu sichern. Daß es sich dabei um Hochverrat handelt, sagt er nicht, es ist ihm um möglichst lange Rufen zu tun, damit er Erfolge zeigen kann. Da Herr Smets nach der ganzen Stimmung der Rheinischen Republik wissen muß, daß diese für einen Hochverrat nach „seiner“ Vorbild nicht zu haben ist, lockt er also Leute in sein Garn, in dem sie eines Tages sehr böse zappeln könnten. Ein politischer Simpeltänzer, gemeint ist also, der nur dadurch genützt wird, daß dem fassam bekannten Herrn Smets wohl nur wenige ins Garn laufen werden. Man kennt ihn und seine Auftraggeber nachgerade so gut, daß man einen Bogen um ihn zu schlagen weiß, der sein trauriges Schicksal in Köln nur unter dem Schutze der Rheinischen Republik auszuüben vermag. Wer ihm dennoch ins Garn läuft, tut's auf eigene Rechnung und Gefahr! Rhenanus.

Helgoland.

Von der roten Meerumflungenen Insel nordwestlich der Elbmündung, von Helgoland, kommt trübe Kunde. Nicht nur von wirtschaftlicher Not: — wo ist diese in Deutschland nicht? — sondern auch davon, daß die nationale Ehre der deutschen Bewohner dort droben empfindlichen Mangel leidet. Allüberall an deutschen Grenzen haben die deutschen Frauen und Männer, selbst unter argster feindlicher Bedrückung, immer erneute Bezeugnisse für ihre Deutschheit abgegeben: die Helgoländer ferndeutsche Bevölkerung, die seit dreißig Jahren zu unserem Reiche gehört und die vor dem Kriege wie selten eine Gegend alle Segnungen des deutschen Aufstieges genoss, will ihr Deutschsein schände verleugnen. Dabei handelt es sich bei der Helgoländer „Los-von-Deutschland“-Bewegung nicht um die Wahrung berechtigter Interessen, sondern gar um einen Existenzkampf auf Leben und Tod, um ein nachgerade einfach um Landesherrn aus rein politischen Motiven.

Obwohl die deutsche Regierung den Wünschen der Inselaner stets bereitwillig entgegengekommen ist, ist in der Frage der Gemeindevahlen im Vorjahre, als es sich darum handelte, ob die Entlohnungsarbeiten die gleichen Rechte wie die anständigen Bewohner haben sollten, haben sich Deputationsen der Helgoländer wiederholt an die Vertreter der Entente in Deutschland gewandt, um sich über die deutsche Regierung zu beschweren und die Wahrung ihrer „ur-alt britischen“ Privilegien zu suchen. Sowohl im britischen Reichstag in London, als auch bei dem im Oberen Reichstag in Berlin, als auch bei dem im Reichstag der interalliierten Marinekommission in Berlin usw. haben die Helgoländer ganz offiziell Beschwerde erhoben.

Abgesehen davon, daß solche Verbindungen mit auswärtigen Mächten einen glatten Bruch der Verfassung darstellen, ist es ein ganz unerhörter Vorwurf, den die Helgoländer Mächte an die deutsche Regierung, daß die Entlohnungsarbeiten der Festungswerke hintertrieben wurden, — mit dem Erfolg, daß eine nach Helgoland geschickte Kommission der Abklärung der Inselbewohner einen Konflikt mit der Reichsregierung immer leistungsfähiger herausbeschrieb. So hat die Helgoländer Gemeindevorstellung beschlossen, die Durchführung der Reichseinkommensteuer zu verweigern, die Schulpflicht nicht anzuerkennen usw.

Soll Verräterisches Treiben kommt den Engländern, an deren „Gerechtigkeit“ (2) die Helgoländer sich gewandt haben, natürlich sehr gelegen, und der „Rechtsgrund“ für einen Raub Helgolands dürfte bald geschaffen sein, wenn nicht die deutsche Regierung härter als bisher in dieser Frage zupackt. Den abtrünnigen Helgoländern muß mit aller Entschiedenheit und allen zur Verfügung stehenden Mitteln klar gemacht werden, daß Deutschland nicht gewillt ist, dem Starrsinn einiger Duzend Einwohner weitere Quadratmeter deutschen Landes zu opfern. Die Langmut darf nicht auf die Spitze getrieben werden. Ein fester Zugriff befehlt die Helgoländer hoffentlich, daß Hoffmann von Fallersleben einst in ihrer Mitte das unvergleichliche Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ gedichtet hat....

Bedingte Regierungskrise.

Wenn Oberschlesien verloren geht —

Die Frage des Rücktritts des Kabinetts Dr. Wirth wird zur Zeit in politischen Kreisen eingehend behandelt. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß die Stellung der Reichsregierung unendlich sei, wenn die Entscheidung über Oberschlesien ungünstig für Deutschland ausfällt und die Sanktionen noch weiter aufrecht erhalten bleiben. Mit unabweisbarer Sprache wird von führender parlamentarischer Seite in einer Zuschrift an die „Neue Hamburger Zeitung“ festgestellt, daß sich auch das Ministerium vollständig klar über die Notwendigkeit seines Rücktritts sei, falls es in der oberschlesischen und in der Angelegenheit der „Sanktionen“ keinen Erfolg erzielt. Es wird hinzugefügt, daß das Parlament teile in seiner übergrößen Mehrheit den Standpunkt der Regierung und werde nichts tun, um die Konsequenzen hinauszuhalten, die die Regierung selbst zu ziehen entschlossen sei. Wörtlich heißt es dann:

„Von der Entscheidung über Oberschlesien und über die Sanktionen hängt also das Schicksal des Kabinetts Wirth, das Schicksal Deutschlands und darüber hinaus das Schicksal eines großen Teiles der Welt ab. Diese Entscheidung würde ihre vernichtende Wirkung aber nicht bloß dann ausüben, wenn sie zugunsten Deutschlands und der Gerechtigkeit erginge, sondern auch dann, wenn sie ganz oder zu einem wesentlichen Teil hinwidergegriffen würde.“

Bekanntlich hat sich Reichskanzler Dr. Wirth auf besondere Einladung hin nach Bremen begeben, wo er Gelegenheit nimmt, sich eingehend über die politische Lage und damit auch über die Stellung des Reichskabinetts zu der bevorstehenden Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens in voller Öffentlichkeit auszusprechen. Daß dies unmittelbar vor dem Zusammentritt des Obersten Rates geschieht, hat natürlich seine deutlich erkennbare besondere Bedeutung.

Eine ernste Mahnung an Frankreich.

In der „Germania“, die als führendes Zentrum Norddeutschlands dem Kabinet Wirth nahesteht, wird zur Frage der Sanktionen folgende Mahnung nach Paris gerichtet:

„Die französische Regierung möge nicht übersehen, daß neben einer gerechten Entscheidung über Oberschlesien nichts so sehr die Verständigung, den Frieden in Europa, die gesamten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und die Durchführung der Reparationen fördern wird, wie wenn auch in der Frage der Sanktionen nach Recht und Gerechtigkeit entschieden wird und nicht Schlagworte, wie, daß Deutschland nur unter scharfem Druck seinen Verpflichtungen nachkomme, als maßgebend für die Entscheidung hingenommen werden.“

Das Blatt weist dann darauf hin, daß der Friedensvertrag Druckmittel genug enthalte, nichts aber der Entente dazu Berechtigung gebe, daß die gegenwärtige Reichsregierung noch mit weiteren zur Einhaltung der Bedingungen des Ultimatums bedacht werden müßte. Man mache ihr die Ausübung ihres Amtes nicht noch länger überflüssig schwer, sondern, wenn man an der Erhaltung dieses Kabinetts der Erfüllung Interesse hat, dann bezeuge man es dadurch, daß man dem deutschen Volke die unerträgliche Zwangsjacke löfere. Damit wird man nicht nur dem Recht und der Gerechtigkeit dienen, sondern auch ein Gebot der Klugheit erfüllen.

Wird man bis zum nächsten Montag, dem ober-schlesischen Entscheidungstag, in Paris begreifen, welche Politik das Interesse Europas erheischt?

Die Einladung für Paris.

Beginn der Konferenz am 8. August.

Wie Neuter erfährt, hat Briand den englischen Vorschlag, die Tagung des Obersten Rates am 8. August in Paris stattfinden zu lassen, zustimmend beantwortet. Die Einladungen sind bereits von der französischen Regierung an die beteiligten Mächte abgesandt worden. Lloyd George, Lord Curzon und andere Regierungsmitglieder werden am Sonntag abreisen. In London herrscht das Empfinden, daß die Tagung nur wenige Tage dauern wird, da die britischen Minister in London Dringendes zu erledigen

haben. Der italienische Ministerpräsident und der italienische Minister des Auswärtigen werden ebenfalls in Paris sein. Belgien und Amerika werden voraussichtlich nicht vertreten sein.

Das Programm der Konferenz.

Nach dem „Echo de Paris“ wird die Tagesordnung der Konferenz des Obersten Rates die folgenden acht Punkte umfassen:

1. Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien.
2. Feststellung der deutsch-polnischen Grenze in Oberschlesien.
3. Die seit März und April in Anwendung sich befindlichen wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen; Frankreich beantragt die Aufrechterhaltung, England ihre Aufhebung.
4. Die Urteile gegen die Kriegsschuldigen im Leipziger Prozeß.
5. Maßnahmen, um dem wirtschaftlichen Elend in Rußland entgegenzuwirken.
6. Entwaffnung Deutschlands, Maßnahmen zur Durchführung einer Wirtschaftskontrolle.
7. Orientfrage und 8. Die Frage Libanons.

Lloyd George für eine „gerechte Lösung“.

Im Unterhause erklärte Lloyd George auf eine Anfrage, die britische Regierung sei im Verlaufe der jüngsten Auseinandersetzung mit Frankreich lediglich von dem Wunsch geleitet gewesen, eine gerechte Lösung der oberschlesischen Frage zu bewerkstelligen, die die Bestimmungen des Friedensvertrages zu sichern. In Beantwortung von Zwischenrufen erklärte Lloyd George, es sei die Aufgabe der britischen Regierung darüber zu wachen, daß Polen und Deutschen in gleicher Weise völlig rechtmäßige Behandlung zuteil werde. Lloyd George erklärte noch, er glaube, daß das Verfahren gegen die Kriegsschuldigen auf der Tagung des Obersten Rates Gegenstand der Erörterung sein werde. Die englische Regierung hoffe, daß der Bericht der Sachverständigen bis zum 8. August fertig sein werde.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 3. August 1921.

- Die Meinungen zum hiesigen Landtag finden am 11. September statt.
- Das deutsche Reichsfinanzministerium in Gießen wurde auf Befehl des französischen Militärbefehlshabers wegen „Anreizung falscher Rufe“ geschlossen.
- Die privatrechtlichen Forderungen an die Entente müssen im Auslieferungverfahren bis zum 30. September geltend gemacht werden. Mit einer Verlängerung dieser Frist ist nicht zu rechnen.
- Das im Mai ds. Js. gegen den früheren kommunikativen Landrat in Sangerhausen Dr. Kasparek eingeleitete Strafverfahren wegen Hochverrats ist durch den Staatsanwalt eingestellt worden.
- Eine vom Verband heimattreuer Oberschlesier einberufene Versammlung in Frankfurt a. M. hat den Präsidenten Harding um Entsendung amerikanischer Truppen.
- Der Präsident des Memeler Landesdirektoriums Oberbürgermeister Osterberg, hat dem Oberkommissar Petz eine Minderheitsgesandtschaft überreicht.

Reichskanzler Dr. Wirth in Bremen. Reichskanzler Dr. Wirth weilte am 2. August in Bremen, um sich über allgemein-wirtschaftliche und Schiffsverkehrsfragen zu unterrichten. Dabei wird er auf Einladung der Bremer Handelskammer in der Börse einen öffentlichen Vortrag über die wirtschaftliche und politische Lage halten. Das Thema der Reichskanzlerrede lautet: „Der Einfluß der bevorstehenden Entscheidung des Obersten Rates auf die wirtschaftliche Lage.“ Angesichts der bevorstehenden Entscheidung ist dieser Rede besondere Bedeutung beizumessen.

Wiederherstellung der englischen Besatzungszone. Während England im Jahre 1919 nicht allein Köln, sondern auch die weitere Umgebung Kölns besetzt hielt, war ein großer Teil der Besatzung nach und nach durch Franzosen ersetzt worden. Bekanntlich ist seit einiger Zeit sogar ein Teil der Stadt Köln durch Franzosen besetzt. Wie die „Rheinische Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, soll binnen kurzer Zeit die britische Besatzungszone wieder ausgedehnt werden. Köln und Bonn werden wieder ausschließlich britische Besatzung erhalten.

Der niederheinische Handel gegen die „Sanktionen“. Die niederheinische Handelskammer Duisburg-Wesel hat eine Entschließung gefaßt, in der darauf hingewiesen wird, daß die sogenannten „Sanktionen“, insbesondere die Einrichtung der rheinischen Binnenzolllinie, das gesamte Wirtschaftsleben des durch Schiffsahrt, Industrie und Handel gleich bedeutenden Rheinbezirks in einer Weise stören, die schädlich nicht mehr zu ertragen ist. Die trostlose wirtschaftliche Lage in diesem Bezirk, der durch Besetzung und Rheinpolizei in drei voneinander getrennte Teile auseinander gerissen ist, verschlechtert sich von Tag zu Tag. Der unhaltbare Zustand müsse in Kürze zur Katastrophe führen. Die Niederheinische Handelskammer fordert mit allem Nachdruck die Aufhebung der Zolllinie am Rhein sowie der übrigen Sanktionen. — Infolge neuer Güterbeschlagnahmen an der Rhein-zollgrenze in Bezirk Mainz wurde abermals eine ausgedehnte Sperre für Eilgut, Frachtgut, Stückladung und Waggonladung über Bismarckheim und Worms verhängt.

Deutsche Zahlungen in ... Chicago Tribune ... meldet aus New York, daß dort 850 000 Dollars in Silber aus Deutschland eintrafen. Die Zahlung wurde der Equitable Trust Company übergeben und dort auf das Konto der deutschen Reichsbank hinterlegt. Ueber 10 Millionen Dollars Silber sollen in wenigen Wochen aus Deutschland eintreffen und als Deckung für weitere Kredite und die Reparationen dienen.

Weitere Kredite für Deutschland. Ueber den Abschluß eines Getreidefinanzierungsvertrages mit einer Gruppe englischer Banken über drei Millionen Pfund Sterling ist vor kurzem bereits berichtet worden. Obwohl der Bedarf an Auslandsgetreide für die ersten Monate des neuen Wirtschaftsjahres so gut wie gedeckt ist und die Inlandsrente erwarteten läßt, daß größere Mengen Auslandsgetreide in der nächsten Zeit nicht mehr angekauft werden, sind doch weitere Kreditmöglichkeiten gesichert worden, um eine Finanznotlage des Devisenmarktes für Getreidekäufe gegebenenfalls zu vermeiden. An diesem Kreditgeschäft ist besonders bemerkenswert, daß zum ersten Male eine Gruppe der führenden, am Akzeptkreditgeschäft beteiligten amerikanischen Bankinstitute bei einem internationalen Rembourskreditgeschäft vereinigt sind. Auf Grund dieses Kreditvertrages können, falls weitere Getreidekäufe notwendig würden, monatlich bestimmte Getreidemengen angekauft werden. Ein weiterer Kreditvertrag ist mit einem holländischen Hause über 20 Millionen Gulden und mit einer dänischen Bank über zwanzig Millionen dänische Kronen abgeschlossen worden.

Englische Note über den Truppeneinsatz. Nach der Chicago Tribune hat das englische Auswärtige Amt eine kurze Note an die deutsche Regierung gerichtet, worin es erklärt, daß die von Deutschland aufgeworfene Frage der Entsendung von Truppen nach Oberschlesien eine interalliierte Angelegenheit sei, die nur von den Alliierten selbst erörtert und entschieden werden könne. Die Anfrage Deutschlands, ob England die Haltung Frankreichs in dieser Frage unterstützen werde, wurde ignoriert. Die italienische Regierung soll eine ähnliche Haltung eingenommen haben. An amtlicher Stelle in Berlin ist eine derartige englische Note bisher nicht eingegangen.

Dr. Wirth in Bremen. Bremen, 2. August. Der Reichskanzler Dr. Wirth ist heute früh hier eingetroffen. Nach einem in den Vormittagsstunden der U. G. Weser-Werft abgesetzten Besuch unternahm der Kanzler eine Fahrt westerwärts, an der einige Mitglieder des Senats, der Verwaltung der U. G. W., der Handelskammer sowie Vertreter der Presse teilnahmen.

Der gemeinsame Schritt noch nicht erfolgt. Berlin, 2. August. Der als Grundlage des englisch-französischen Kompromisses angekündigte gemeinsame Schritt der drei obereschlesischen Besatzungsmächte bei der deutschen Regierung ist bis zur Stunde noch nicht erfolgt. Als Grund für diese Verzögerung wird die Abwesenheit des aus Rom noch nicht zurückgekehrten italienischen Botschafters Frassati bezeichnet. Der italienische Geschäftsträger habe von seiner Regierung bis zum Montagabend noch keine Instruktionen erhalten.

Die Beratungen der Sachverständigen. Paris, 2. August. Der interalliierte Sachverständigenausschuß in Paris setzt die Prüfung der obereschlesischen Frage fort. Nach einer Sabasmeldung hat er bisher nacheinander die verschiedenen in Vorschlag gebrachten Teilungspläne studiert: den Plan de Marini, den Plan de Mond, den Plan Korfanti, den Plan Sforza. Zu einer Einigung ist man noch nicht gekommen. Doch hat es den Anschein, als ob der Teilungsplan des Grafen Sforza die geeignete Verhandlungsgrundlage bilden soll.

(-) Schicksalssturm.

Roman von Leopold Sturm.

Und auffachzend und in die Hände klatschend wie ein frohes Kind rief sie: „Ja, ja, so geht es!“ „Aber, was haben Sie denn vor?“ fragte er verwundert. „Wie in aller Welt wollten Sie das möglich machen?“

„Das ist ganz einfach,“ lachte sie ihn an. „Wissen Sie denn nicht, daß ich ein wirklicher Reichtum bin? Bei einem Bankier habe ich 30 000 Mark in Wertpapieren liegen, die meine Großmutter mir testamentarisch als spätere Mitgift vermacht hat. Aber was gebrauche ich eine Mitgift? Erstens bin ich noch viel zu jung zum Heiraten und zweitens heirate ich überhaupt nicht. Also bitte, Herr Leutnant, tun Sie mir den Gefallen, und nehmen Sie von dem Gelde so viel, wie Sie gebrauchen. Mir geht nichts ab, und Sie brauchen sich keine Sorgen weiter zu machen.“

In seinen selbstbeherrschten Zügen blitzte eine tiefe Rührung auf. Das war echte, menschliche Teilnahme; aber es war zu viel. Den Notgroßen, den sie für alle Lebensmöglichkeiten besaß, durfte er ihr nicht rauben, ihre Herzensgüte nicht so ausnützen.

Und das sagte er ihr: „Liebes Fräulein Dini. Sie wissen gar nicht, wie wohl mir Ihre Worte getan haben. Aber ich kann, ich darf nichts annehmen, was Sie mir so großzügig darbieten. Es ist unmöglich.“ „Aber warum denn nur nicht?“ rief sie. „Ach, gehen Sie! Denken Sie, solches kleines dummes Mädchen, wie ich es bin, darf niemandem gefällig sein? Glauben Sie, daß ich nur Ihnen einen solchen Gefallen erweisen würde? O nein, da sind Sie auf dem Holzwege, Herr Leutnant. Und wenn Sie mein Geld nicht für sich verwenden wollen, nun so werde ich schon jemand anders finden.“

Vor Eifer und Erregung traten ihr die hellen Tränen in die Augen. Brandhaus führte sie zum Sofa hin und nahm neben ihr Platz.

„Liebes, kleines Fräulein Dini,“ sagte er dann. „Sie wollten zu mir so gut sein, wie eine Schwester zu ihrem Bruder. Und wie ein Bruder zur Schwester will ich jetzt zu Ihnen reden. Sie kennen das Leben nicht und auch nicht die Gesehe. Ueber ein solches Kapital dürfen Sie gar nicht eigenmächtig verfügen, dazu gehört die Genehmigung Ihres Vormundes.“

„Mein Vormund ist die Tante, und die tut alles, was ich will,“ rief Ernestine ungestüm.

„Das glauben Sie, aber Ihre Frau Tante kann nicht einfach tun, was sie möchte, sie hat als Vormünderin gewissenhaft Ihre finanziellen Interessen zu wahren.“

„Viel Explosionsstoff“.

Paris, 2. August. Der Londoner Korrespondent des „New York Herald“ teilt mit, daß außer Lord George an den Verhandlungen des Obersten Rates Lord Curzon, Lord Hardinge und Feldmarschall Wilson teilnehmen würden. Der Korrespondent berichtet weiter, trotz der optimistischen Haltung, die Lord George gestern zur Schau getragen habe, heißt es, er sei sich vollkommen bewußt, daß hinter mehreren Punkten der Tagesordnung viel Explosionsstoff verborgen sei. Er beabsichtige, auf jeden Fall in Paris dabei zu sein.

Ankunft des päpstlichen Nuntius in Paris.

Paris, 2. August. Der neuernannte päpstliche Nuntius Mgr. Ceretti ist in Paris eingetroffen. Nach dem Frankreich schon seit längerer Zeit in der Person von Kardinal von Säckingen beim Vatikan unterhält, sind nunmehr die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan, die seit 1903 unterbrochen waren, in aller Form wiederhergestellt.

Schlechte amerikanische Baumwollenernte.

New York, 2. August. Die amerikanische Baumwollenernte wird als die schlechteste seit 26 Jahren bezeichnet. Sie wird auf 8 303 000 Ballen geschätzt und ist damit geringer, als alle Ernten seit 1894. Auf das Bekanntwerden dieses Ergebnisses sprang der Marktpreis von 72 auf 80.

Die letzten Vorbereitungen.

Die polnischen Märsche an der obereschlesischen Grenze. Nach zuverlässigen Nachrichten deuten die verschiedenen Vorzeichen darauf hin, daß der vierte Aufstand der Polen unter eifriger Unterstützung der Franzosen voraussichtlich in den allerersten Tagen beginnen wird. Es besteht die Befürchtung, daß es bei diesem Aufstand nicht bleiben wird, sondern daß die Polen die Gelegenheit benutzen werden, nunmehr mit ihrer regulären Armee in Oberschlesien einzumarschieren.

In den polnischen Grenzorten sind Truppenparaden und militärische Übungen an der Tagesordnung. Fast täglich treffen militärische Verstärkungen ein. Die Krankenhäuser und zahlreiche Privatunterkünfte werden für die Aufnahme von Verwundeten freigegeben. Man rechnet damit, daß die angeblich noch unvollkommene Bewaffnung in einigen Tagen so ergänzt sein wird, daß man jede Stunde losziehen kann.

Oberschlesische Arbeiter auf der „Wallfahrt“ nach Czestochowa.

Aus Katowitz führen 577 Arbeiter, ohne die Arbeitsnotwendigkeit in Betracht zu ziehen, zu einer Wallfahrt nach Czestochowa. Die Wallfahrt geschah ohne das Einverständnis mit der Direktion. Es ist mit großer Bestimmtheit anzunehmen, daß die „Wallfahrer“ der neu gebildeten polnischen „Freiheitsarmee“ für Oberschlesien“ zugeführt werden.

Die Polen greifen mit Mienen an.

An einzelnen Stellen Oberschlesiens sind die Insurgenten bereits zum Angriff übergegangen. Das Dorf Koselitz wurde in der Nacht zum Sonntag von einer 160 Mann starken polnischen Bande unter Führung von Haller-Soldaten angegriffen. Die Polen haben bei diesem Angriff auch Mienen verwandt. In der Nacht zum Montag wurde das Dorf abermals angegriffen und stark mit Maschinengewehrfeuer und Mienen beschossen. Nähere Einzelheiten über die Kämpfe fehlen noch.

General Nissel wieder in Warschau.

Nach zuverlässigen Meldungen ist der französische General Nissel aus Paris nach Warschau zurückgekehrt. — Wie erinnerlich, ist bei der letzten Rückkehr

Darum darf Sie Ihr Vermögen nicht ohne weiteres jemandem zuwenden, dem Ihre Herzensgüte besten will. Dann kommt aber noch etwas anderes in Betracht, und das ist das Wichtigste.“

Sie sah ihn gespannt an. „Ich wüßte nichts.“ „Hören Sie nur zu. Nehmen wir den doch sehr wahrscheinlichen Fall, Ihr Herz schenke einem jungen Mann seine Reizung, Sie ständen vor der Möglichkeit, sich glücklich zu verheiraten. Dann würden Sie auch das Geld benötigen zu dem Zweck, für den es der letzte Wille Ihrer Großmutter bestimmt hat.“

„Zu wahren Glück ist kein Geld notwendig,“ unterbrach sie ihn schnell. „Wohl aber zum Leben, Sie wundern sich, kleines Menschenwunder,“ antwortete er lächelnd. „Und junge Leute haben stets Bedarf daran. Über Sie müßten denn einmal angenehmen Millionär heiraten, und in dessen Heim würden Sie nicht gern mit leeren Händen stehen wollen.“

Ernestine nagte an ihrer Oberlippe. Er sah, daß sie nach einem anderen Wege suchte, um zum Ziele zu gelangen. Jetzt hatte sie ihn gefunden.

„Hörlich energisch rief sie aus: „Aber, Herr Leutnant, wozu reden wir hier denn so viel von Glück und Herzensgüte? Das hat ja gar nichts mit dieser Sache zu tun. Das ist ja nur ein Geschäft, wie es viele Studenten, verzeihen Sie mir, daß ich es sage, machen. Also wir machen einen Vertrag: Fräulein Ernestine soll mir Herrn Mag von Brandhaus mit Zustimmung ihrer Vormünderin so und so viel Tausend Mark zu vier Prozent Zinsen gegen Schuldschein. Und Herr von Brandhaus verpflichtet sich, diese Summe mit Zinsen nach Beendigung seines Studiums so bald zurückzahlen, als es ihm möglich ist. So, Herr Leutnant, Punktum, Streusand drauf, basta! Nun kein einziges Wort mehr, sprechen Sie mit der Tante!“

Und sie ließ ihm davon, während er dachte, daß er ihr doch eins noch hätte sagen müssen: Ja, Dini, wenn Sie meine Braut wären, hätte ich diese Hilfe unbedingt annehmen können, aber so kann ich es nicht übers Herz bringen.“

Er sprach aber doch mit der Frau Majorin Holweg, in der Absicht, um sie zu veranlassen, Ernestine von ihrem Plane abzubringen. Die würdige Dame war kühler gegenüber ihrem Mietsknecht als früher, wenn sie es sich auch äußerlich nicht merken ließ. Nach ihrer Ueberzeugung hätte Mag aus dem Gebot mit ihrer Rechte erkennen müssen, daß sie ihn liebt. Und wenn seine Verlobung mit der Ministerstochter Franziska v. Hohenfels doch noch so ungewiß war, lag es denn nicht nahe, sich die Heiratsangelegenheit und teilnehmende Ernestine einmal genauer anzusehen, als er es bisher getan zu haben schien?

Des Generals Ende hatte Dr. J. S. der Oberste Aufstand ausgebrochen. Es hat den Anschein, als sich dieser „Ausfall“ neuerdings wiederholen soll.

Ein polnischer „Oberster Volksrat“.

Nach dem Vorbilde des deutschen Ausschusses der Obersten Volksrat wurde, wie die polnischen Blätter den, ein polnischer oberster Volksrat für Oberschlesien Leben gerufen, zu dem 12 Vertreter der polnischen Parteien und Gewerkschaften gehören. Die Spitze des Volksrates steht ein viergliedriges Präsidium, dessen Vorsitzender Kymor ist. Der wichtigste Aufgabe nennt der Volksrat den, der Interessen der polnischen Bevölkerung und der Vertretung bei der Interalliierten Kommission.

Selbstkampf der „Königsberg“.

21 Schiffe gegen einen kleinen Kreuzer. Ueber das Schicksal des kleinen Kreuzers „Königsberg“ hielt dessen Kommandant, der Konteradmiral Loof im Reichsmarineamt einen Vortrag, der die letzten Selbstkämpfe des Kreuzers behandelte. Der Redner sagte u. a.:

Meine letzte Unternehmung auf See war die am 2. August, wo, wie ich erzählt habe, ein englischer Kreuzer eingelaufen war. Da die Heberausung völlig gelungen war, so war der Kreuzer am 3. August in der Ostsee. Ich war der erste, der den Kreuzer sah. Nach einem halbstündigen Gefecht unter immer schwächer werdender Feuerkraft wurde der englische Kreuzer „Agabus“ durch die bei der Rückfahrt von Sanibar erzielte in die Ostsee über aufsteigende schwere Gase in einer Maschine sehr sehr niedergedrückt, bedeutete es doch aller Wahrscheinlichkeit nach den Abschluß der Kreuzfahrt und ein Berg des Schiffes in einem Schlupfwinkel der Küste angekommen, wurden die schwachen Maschinenteile ausgenommen. Es waren sehr ernste Reparaturarbeiten, die nur in Darschalam ausgeführt werden konnten. So mußten die Teile Hunderte von Kilometern weit landwärts geschleppt werden. Inzwischen suchten die englischen Kreuzer die ganze Küstenlinie nach der „Königsberg“ in ein tragisches Gefecht, das, unter Verlust an der Tage gefunden wurde, als die reparierten Maschinenteile von Darschalam zurückgeführt und eingepakt waren.

Von diesem Tage ab begann die Lebenszeit im Russen.

Denn eine Lebenszeit wurde es; zehn Monate lang wurden wir auf diesem furchterlichen Siegel von einem ganzen Geschwader blockiert, das mit allen Mitteln an heranzukommen suchte. Die Abstellung an der Küste hatte zahlreiche Gefechte mit eindringenden Kreuzern und wurde ebenso wie die „Königsberg“ von dem Geschwader unter schwersten Feuer genommen. Ein Versuch des englischen Geschwaders, den Küstenort durch einen großen Dampfer zu versperren, blieb erfolglos. Allmählich wuchs aber das zur Vernichtung der „Königsberg“ aufkommende Geschwader auf 21 Schiffe an, zusammen 80 000 T. Wasserverdrängung an. (Die „Königsberg“ hatte 3400 T.), darunter ein Panzerkreuzer, mehrere starke neue Kreuzer, zwei Panzeranordnungen, mehrere Hilfsschiffe mit 15-Zentimeter-Geschützen, Wachschiffe und ein Flugzeuggeschwader. Das letzte hatte uns verheißt erfolgreich angreifen, wobei im ganzen drei Kreuzer eingegriffen waren oder abgegriffen wurden.

Die letzten Kämpfe der „Königsberg“ gegen das englische Geschwader unter Führung des Viceadmirals Kinnell fanden in der ersten Hälfte des Juli 1914 statt. Im ersten Kampftage war es uns gelungen, ein englisches Geschwader mit der Angreifer — 15 an der Zahl — zu vernichten.

Die „Königsberg“ blieb fahr- und geschäftsfähig. Wenige Tage später wiederholte sich der Angriff mit allen 21 Schiffen, und das brachte dem Gegner nach nur zwei stündigem Kampf den fast zehn Monaten erlittenen Erfolg. Als unsere Munition nahezu erschöpft war, die Schiffe geschlammhaft gefallen oder verwundet, die Rettungsversuche des Schiffes vollständig erschöpft waren und das Schiff brannte, gab ich den Befehl, das Schiff zu versenken. Die Mannschaft wurde unter dem Kommando

„Die Männer sind doch wirklich oft blind,“ dachte sie ärgerlich. „Sie suchen nur zweifelhaftes Glück in der Ferne, während sie nur die Hand auszustrecken brauchen, um das wahre Lebensglück festzuhalten. Wir sind alle Männer gleich, wenn sie auch noch so schlecht sind.“

Sie hatte bisher von der vertraulichen Unterredung mit Dr. Felix Wendau und dessen Bemerkung an Ernestines Hand nur sehr vorsichtig mit dem jungen Mädchen gesprochen. Einmal hatte ihre Unbeurteilung beobachtet und war dabei geblieben, daß sie von Wendau nichts mehr hören wollte. Die Sache sei abgetan. Der Majorin war dadurch verstimmt, aber sie erwiderte, daß Ernestines Anschauungen sich schon ändern würden, wenn die Aussicht flüßig und klar vor ihr lag, die beneidete Frau eines Millionärsohnes zu werden.

Als nun Mag von Brandhaus mit ihr sprach, mußte sie etwas deutlicher.

Ernestine ist ein einziges, herzensgutes Ding, die glänzende Partie und den besten Mann verdient. Sie ist überzeugt, daß sie ihr Glück finden werde. Sie wollte sie deshalb nicht daran hindern, ihm, dem von Brandhaus, gefällig zu sein. Sie sei noch jung und kein Studium werde ja auch nicht allzu lange dauern und sollte sich eine Ausflucht auf Verlobung und Hochzeit verwirklichen, die für Dini bereits bestelle, so müßte sie in diesem Falle nicht auf das von ihrer Großmutter ererbte Kapital angewiesen sein.

„Es besteht also eine Aussicht für Fräulein Ernestine, einem Manne die Hand zum Zwecke eines Studiums zu reichen?“ Es klang fast wie ein Scherz, als er fragte, denn diese Mitteilung hatte ihn plötzlich verwirrt und seine kühle Meinung verlieren lassen. Er merkte er, daß es ihm doch nicht gleichgültig war, was Ernestine Holweg als Gattin in sein Haus hätte. Was war das? Es erregte er kann gewesen, als Franziska von Hohenfels zusammen mit dem Prinzen von Hartenstein beobachtet hatte. Und Franziska war seine Braut, die er mit allen Fasern seiner Seele liebte. Ernestine nur eine teilnehmende Freundin eine treuherzige Schwester.

Was war das? Der Atem stockte ihm noch der letzten Frage. Und die Frau Majorin sah ihn mit fragender, bevor sie antwortete.

„Ich habe zu Ernestine noch nichts gesagt, weil ich noch ein halbes Kind ist, daß ihrer eine allseitige Partie wartet, ich will sie darauf vorbereiten. Ich, Herr Leutnant, kann ich es ja unter dem Namen der Verschwiegenheit sagen. Herr Dr. Felix Wendau hat bei mir um die Hand meiner Nichte angehalten.“

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung!

Zur Gewährung von Unterstützungen an würdige und bedürftige Schmiedegesellen, die an Lehrgängen der Lehrschmieden teilnehmen, stehen für das laufende Rechnungsjahr der landwirtschaftlichen Verwaltung Mittel zur Verfügung. Anträge sind umgehend dem Unterzeichneten vorzulegen.

Steinheim, den 30. Juli 1921.

Der Bürgermeister.
J. B. Döhre, Ratsherr.

Bekanntmachung!

Zur Vermeidung von Verstößen wird auf die Vorschriften betr. den Radfahrverkehr hingewiesen. Besonders wird auf § 3 der genannten Vorschriften lautend: „Der Radfahrer hat eine auf seinen Namen lautende Radfahrkarte bei sich zu führen und auf Verlangen dem zuständigen Beamten vorzuzeigen. Die Radfahrkarte gilt für den Umfang des Deutschen Reichs“ aufmerksam gemacht. Radfahrkarten werden bei der unterzeichneten Behörde ausgestellt.

Steinheim, den 1. August 1921.

Die Polizeiverwaltung:
J. B. Döhre, Ratsherr.

Bekanntmachung!

Es ist in letzter Zeit mehrmals die Wahrnehmung gemacht worden, daß unreifes Obst von den Obstbäumen abgeschlagen wurde. Ich wisse darauf hin, daß eine solche Handlungsweise schwere gerichtliche Strafen nach sich zieht und daß sich zutreffenden Falls auch die Eltern der betr. Kinder strafbar machen. Die Polizei- und Flurhüterbeamten sind angewiesen, im Uebertretungsfall jede Person zwecks exemplarischer Bestrafung unmissverständlich zur Anzeige zu bringen.

Steinheim, den 1. August 1921.

Die Polizeiverwaltung:
J. B. Döhre, Ratsherr.

Jüngerer Arbeiter

für sofort gesucht.
Von wem? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Ich empfehle als besonders preiswert:

Damen- u. Herren- Regenschirme
von 35.— Mt. an
Herren-Socken prima Ware 9.— Mt.
Damenstrümpfe in weiß, braun u.
schwarz 9.— Mt.
Doile und Dirndelstoffe von 16 Mt. an
Normalhemde von 32.00 Mt. an
Küchentücher schwere Leinenware gestreift
u. gebändert, großes Format, St. 9.50 Mt.
Gerstentorn-Handtücher

Meter von 8,00 Mt. an.
Strickgarne, nur gut bewährte
Qualitäten, keine Reklameware

C. Schrader jr.

Steinheim, Telef. Nr. 65. — Sitale Bergheim.

Für Turnen und Sport!

empfehle billigt:

Turnerhemde, weiß. Turnershosen, schwarz kurz.
Turnershosen, weiß lang. Turnergürtel, schwarz.
Turnershosenträger und Sockenhalter
weiß und schwarz.

Fußballhosen, schwarz und weiß
Radfahrertrikots, jede Farbe.
P. M. Pott, Steinheim.

Zur geistl. Beachtung!

Dem verehrten Publikum von Steinheim und Umgegend teile ich hierdurch mit, dass ich am 26. Juli cr. in Bielefeld die Meisterprüfung im Fleischerhandwerk bestanden habe. Da ich beabsichtige, mich in Zukunft selbstständig zu machen, möchte ich mich jetzt schon in empfehlende Erinnerung bringen. Von der Handwerkskammer Bielefeld sind mir gute Zeugnisse ausgehändigt worden. Ich bitte demnach meinem Unternehmen Vertrauen und geneigte Unterstützung entgegenzubringen.

Hochachtungsvoll!

Heinrich Rohde, Rolfzen
Fleischermeister.

Staubfreies Fußbodenöl

reine Delware — verkauft sehr preiswert:

Anton Nölker, Steinheim.

Dankagung!

Für die vielen Beweise der Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante sagen wir allen

Herzlichen Dank!

Grevenstein, im August 1921.

Familie Brauereibesitzer C. Vellins.

Habe mich als

prakt. Zahnarzt

hier niedergelassen.

Dr. Lindemann

Steinheim — Detmolderstr.

Sprechstunden: 8—12, 3—6 Uhr.

Sonnabend Nachmittag und Sonntag
geschlossen.

Hafer-Verkauf!

Verkaufe heute, Donnerstag Abend 7 15 Uhr anfangend, an Ort und Stelle an der Billerbecker Chaussee, bei Steinmeyer belegen, 2 Morgen guten Hafer auf dem Halme gegen Kredit und Bürgschaft.

Carl Lange, Steinheim.

Briestauben-Verein „Frohe Botschaft.“

Heute, Donnerstag, den 4. August, Abends 8 30 Uhr im Vereinslokal:

- Versammlung -

Tagesordnung:

1. Flugbericht. 2. Jungflug. 3. Einziehen der Beiträge. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes. 6. Vollständiges Erscheinen aller Mitglieder Ehrensache.

Der Vorstand.

Radfahrer-Klub „All Heil“.

Am Sonnabend, den 6. August, Abends um 9 Uhr, findet im Vereinslokal eine außerordentliche

General-Versammlung

statt, zu der alle Mitglieder freundlichst eingeladen werden. Unbedingtes Erscheinen ist erforderlich.

Tagesordnung:

1. Neuwahl im Vorstand. 2. Gründung einer Jugendmannschaft. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Einziehen der Monatsbeiträge. 5. Besprechung über das am 14. d. Mts. in Aussicht gestellte diesjährige Haupttreffen. 6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Neu eingetroffen:

Corsett's -

In Verarbeitung und Sitz.

Wollgarne -

alte bewährte Qualitäten, jetzt nur
95 und 110 Pfg. per Bind.

S. Emmerich Wwe.

Salat-Gurken und Spinat
Porree-, Grünkohl- und Endivien-
Pflanzen empfiehlt:
Gärtnerei Franz Hörning.

Elektro-Motoren

Reparatur-Werk.

Neu- und Umwickelungen

von Motoren aller Art
auf jede Spannung.

Neue Motoren aller Systeme.

W. Noll, Maschinenfabrik
Minden i. Westf.

Elektrotechnische Abteilung
Stiftstrasse 62. Telefon 87.

Sommerproffen

alle Flecken im Gesicht beseitigt
spürlos Creme „Din“.

Zu haben bei:

Herrn. Fischer, Markt-Prosa.

Ia Fischtran

Raböl, Backöl
Salatöl

Schweineschmalz
eingetroffen bei:

F. Killebrand

Steuergemeinschaften.

In der „Börsen Zeitung“ hat Herr Georg Hard die Schaffung von sogenannten Steuergemeinschaften befürwortet. Der Zweck dieser Einrichtungen vor allem der sein, die Gesamtsumme an Steuern zur Deckung der Kriegskosten und der uns vom Kriegselenden Gewerben und Berufsgruppen aufzuteilen. Diejenige soll es dann überlassen bleiben, auf welche Weise sie die ihnen vom Reiche auferlegten Steuern zur Hilfe einer Art Umlageverfahren aufzubringen und wie sie die Einschätzung, Erhebung und Ueberwachung der Steuern besorgen wollen.

Bei diesem Vorschlag zeigt sich von vornherein die ihm zugrunde liegende Absicht: Die großen Steuergemeinschaften sollen mit dieser Vorstufe für die neuen Steuerpläne der Regierung gewonnen werden. Es werden, weil die Regierung offenbar tiefergehende Zweifel darüber hegt, ob ihr die Einführung von ihr beabsichtigten phantastischen Steuerbeträgen gelingen wird. Würde eine derartige Maßnahme durchgeführt, so würde das nichts anderes als eine Art neue und ewige Steuerzwangswirtschaft bedeuten.

An der praktischen Durchführbarkeit eines solchen Gedankens darf man wohl berechtigte Zweifel hegen. Schon die Verteilung des Steuerbedarfs auf „Landwirtschaft“, „Handel und Verkehr“, „Industrie und Gewerbe“ und „Freie Berufe“ sowie die Festlegung des Verhältnisses der Leistungsfähigkeit der einzelnen Berufsgruppen untereinander würden auf große und undurchführbare Schwierigkeiten stoßen, zum mindesten aber unvermeidbar schwere Ungerechtigkeiten gegen eine oder die andere Berufsgruppe mit sich bringen. Eine solche Zwangswirtschaft wäre für die Industrie unserer Ansicht nach geradezu lebensgefährlich, da sie sogar das Recht erhalten soll, Betriebsstilllegen und ganze Gewerbezweige zu zentralisieren. Hier steht der Gedanke der Rationalisierung und Wirtschaftlichen Planwirtschaft dahinter, der schließlich zur Zerschlagung aller wirtschaftlichen Freiheit unserer Industrie und unseres Handels führen muß.

Den Standpunkt der Landwirtschaft zu diesen wunderbaren Erzeugnissen neuer deutscher Finanzpolitik kennzeichnet eine Mitteilung des „Reichs-Landwirts (Nr. 17) folgendermaßen:

Es mag allgemein sein, daß eine bestimmte Steuer von einem Gewerbezweig, der in sich abgeschlossen und schon wirtschaftlich vollkommen organisiert ist, durch Bildung eines Steuerfonds aufgebracht werden kann, wie vielleicht die Kohlensteuer durch die Organisation des Steinkohlenbergbaues. Für die Landwirtschaft aber müssen wir die Durchführbarkeit dieses Gedankens ganz entschieden ablehnen und verneinen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Zweige der Landwirtschaft sind in den einzelnen Bezirken des Deutschen Reiches außerordentlich verschieden und ungleichartig. Die Masse der vorhandenen Betriebe macht die Einziehung der Steuern durch eine Organisation schließlich zur Unmöglichkeit, ganz abgesehen davon, daß die deutsche Landwirtschaft durchaus nicht überall einheitlich organisiert ist. Vor allem müssen die landwirtschaftlichen Organisationen es grundsätzlich ablehnen, irgendeine Tätigkeit zu übernehmen, die Aufgabe des Staates oder der Steuerbehörde ist oder gut die Rolle des Steuereintreibers zu spielen, wenn sich die Regierung die Fähigkeit hierzu nicht selbst zutraut. Die Organisationen unserer Berufsstände wissen, daß sie in erster Linie dazu da sind, die Anliegen ihrer Angehörigen dem Staate gegenüber zu vertreten und nicht etwa umgekehrt Funktionen des Staates ihren Mitgliedern gegenüber auszuüben. Der Gedanke der Steuergemeinschaften dieser Art muß daher von Seiten der Landwirte für die Landwirtschaft grundsätzlich abgelehnt werden.

Scherz und Ernst.

Ein Baum als Regenpender. Ueber eine botanische Merkwürdigkeit Berns, in welcher die Natur dem Lande ein wirksames Mittel gegen Dürre geschenkt hat, berichtet „Chambers' Journal“. Der „Regenbaum“, der eine bedeutende Höhe und Breite erreicht, hat große Blätter, welche die Eigenschaft besitzen, die Feuchtigkeit der Atmosphäre zu kondensieren und in Form von Regen niederzuschlagen. Wenn der Baum stand der Flüsse in der trockenen Jahreszeit am niedrigsten, und die Höhe am stärksten ist, scheint die Kondensierungsfähigkeit des Baumes auf ihrem Höhepunkte angelangt zu sein. Das Wasser läuft dann von den Blättern und fließt aus dem Stamme gleichmäßig und ununterbrochen und trinkt den verdorrten Boden rund um den Baum. Auch kann das Wasser gesammelt und in Gräben nach entfernteren Orten für Bewässerungszwecke transportiert werden. Man hat festgestellt, daß ein einziger Baum durchschnittlich 40 Liter Wasser pro Tag liefert. Würde man ein Grundstück von einem Quadratkilometer mit 10000 Bäumen bepflanzen, so könnte man einen Tagesertrag von fast 1350 Hektolitern Wasser für Bewässerungszwecke erzielen, auch wenn man die Verdunstung mit in Betracht zieht. Der Regenbaum ist auf Boden jeder Art zu geizen; er widersteht den stärksten klimatischen Schwankungen, beansprucht wenig Pflege und wächst sehr schnell.

Chronik des Tages.

— Alois George wird der Pariser Konferenz am 1. August persönlich beizuwohnen.
— Die Sachverständigen der Alliierten haben sich über die Festlegung der obersteilischen Grenze bisher noch nicht einigen können.
— Nach dem Muster des deutschen Ausschusses für Dörfer ist ein „polnischer Oberster Volksrat“ mit dem Ziel in Dörfen gearbeitet worden.